

Für Sie im Landtag

FREIE WÄHLER



Die offizielle Zeitung der
FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

REGIONALE

ENERGIEVERSORGUNG

Wie FREIE WÄHLER
erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen wollen.
>>> Ein Bericht auf Seite 3

FREIE WÄHLER MACHEN SICH FÜR STÄDTEBAUFÖRDERUNG STARK

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat im Zuge der geplanten Sparmaßnahmen des Bundes im Sommer angekündigt, die Mittel für die Städtebauförderung von 535 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 305 Millionen Euro 2011 nahezu halbieren zu wollen. Weil mit der Mittelkürzung auch eine Änderung des Verteilungsschlüssels zuungunsten der alten Bundesländer einher gehen sollte, wären für Bayern von den 51 Millionen Euro an Fördermitteln in diesem Jahr nur noch 8 Millionen Euro für das kommende Jahr verblieben. >>> Lesen Sie weiter auf Seite 2

INHALT

- 2 Vorwort
- 2 FREIE WÄHLER für Städtebauförderung
Landtag unterstützt Initiative
- 3 Regionale Energieversorgung
Und die Energiewende ist doch möglich!
- 4 Nein zum Flughafenausbau
Start frei für Politik der Vernunft
- 4-5 Veranstaltungen der Landtagsfraktion
- 5 Neue Publikationen der Landtagsfraktion
Fatblätter und ein Kinospot
- 6 Aufsichtspflichten
BayernLB - Verwaltungsräte handelten grob fahrlässig
- 7 Im Gespräch mit Thorsten Glauber
Ein Herz für Kinder und Jugendliche

VORWORT

So falsch liegen wir nicht!



Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Jahreswechsel geht es immer auch darum, die Ereignisse des vergangenen Jahres einzuordnen. Wenn wir unsere Positionierung im Landtag bewerten, dürfen wir getrost sagen, so falsch liegen wir nicht! Wenngleich uns diejenigen, die durch uns die absolute Mehrheit verloren haben, gerne vorwerfen, wir würden nichts verstehen, so können wir beruhigt feststellen, dass wir deutlich öfter recht gehabt haben als sie – und das ohne Ministerien, Beraterstäbe und Resonanzstudien im Rücken.

Bei einem kurzen Blick auf wichtige Themen wird das schnell klar. Im Januar 2010: Anzeige der Verantwortlichen der BayernLB wegen der Milliardenverluste durch die FREIEN WÄHLER. Damals wurden wir belächelt, jetzt gibt uns der Oberste Rechnungshof – leider! – recht. Unser Kampf gegen die geplante Kürzung der Städtebauförderung mit Anschreiben an alle bayerischen Bürgermeister – wenigstens ein Teilerfolg. Von ursprünglich über 600 Millionen Euro bleiben immerhin 455 Millionen übrig – anstatt der geplanten Kürzung auf 305 Millionen. Der europäische Gerichtshof hat jüngst der Gentechnik erneut engere Fesseln angelegt. Zu Beginn unserer Landtagsarbeit wurden wir noch ausgelacht, als wir die Staatsregierung aufgefordert haben, auf Gen-Freilandversuche zu verzichten. Heute ist der erst zwei Jahre alte Koalitionsvertrag in diesem Punkt genauso überholt wie das Ziel, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Wir haben unsere Meinung nicht ändern müssen, sondern die Staatsregierung. Genauso unsere Aufforderung, sich rechtzeitig um mehr Studienplätze zu kümmern – immerhin steht ein doppelter Abiturjahrgang vor der Tür. Antwort: Alles im Griff. Dabei hat die Regierungskoalition nicht mal bemerkt, dass ihre eigene Bundeswehrreform die Lage zusätzlich verschärft. Unsere frühzeitigen Warnungen vor den Auswirkungen dieser Reform auf die Sozialdienste wurden im Landtag von der CSU wörtlich als „Quatsch“ bezeichnet. Würden sie das heute auch noch sagen? Mit unserer Ablehnung der Laufzeitverlängerung der Atomenergie über das Jahr 2023 hinaus haben wir drei Viertel der Bevölkerung auf unserer Seite. Die Staatsregierung aber hält stur an alten Parteiprogrammen der vergangenen Jahrzehnte fest. Heute, am 10. Dezember, haben wir FREIEN WÄHLER im Landtag bei Schneefall und Minusgraden als einzige politische Kraft eine Demonstration der bayerischen Buchbinder vor dem Wissenschaftsministerium unterstützt, um gegen die – die Buchbestände von Staatsbibliothek und Unis bedrohenden – Kürzungspläne der Staatsregierung zu demonstrieren. Gerade erreicht mich die Nachricht: Der Minister hat den geforderten Gesprächstermin zugesichert. Wieder ein kleiner Erfolg – man tut, was man kann.

Ich wünsche Ihnen persönlich und Ihren Familien frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr!

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Hubert Aiwanger

Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER MACHEN SICH FÜR STÄDTEBAUFÖRDERUNG STARK

Die Programme der Städtebauförderung leisten seit 1971 einen bedeutenden Beitrag zur Erneuerung der bayerischen Städte und Gemeinden. Eine Kürzung der Mittel würde sich vor allem in den Kommunen im ländlichen Raum bemerkbar machen, da die Gelder größtenteils Projekten in diesen Gebieten zugute kommen.

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung löst 1 Euro an Städtebauförderung weitere 8 Euro öffentliche und private Investitionen aus. Diese Investitionen fließen überwiegend in das regionale Baugeerbe und das Handwerk und sind für strukturschwache Regionen zukunftsentscheidend.

Landtag unterstützt Initiative der FREIEN WÄHLER/Bund revidiert Kürzungspläne

Aus diesem Grund hat sich die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER dafür

eingesetzt, dass der Bayerische Landtag sich gegen die Kürzung der Bundesmittel für die Städtebauförderung ausspricht. Diese Initiative der FREIEN WÄHLER fand die einstimmige Zustimmung aller Landtagsfraktionen. Die anhaltende Kritik an der geplanten Kürzung hat bereits einen ersten Erfolg erzielt. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat seine Pläne zur Halbierung der Fördermittel revidiert: Für das Jahr 2011 sollen statt der vorgesehenen 305 Millionen Euro nun doch wenigstens 455 Millionen erhalten bleiben. In einer Pressemitteilung zur Entscheidung des Haushaltsausschusses

ses dankte Bundesbauminister Peter Ramsauer allen, „die sich für die Städtebauförderung eingesetzt und sich auch hinter den Kulissen dafür stark gemacht haben“.

Wir freuen uns über diesen Teilerfolg und werden uns auch weiterhin für die Belange der bayerischen Kommunen stark machen.

Joachim Hanisch, kommunal- und sicherheitspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion. ■

Lesen Sie mehr unter:
www.fw-landtag.de



Joachim Hanisch
(Bruck i. d. OPf.)
ist Vorsitzender des
Ausschusses für
Kommunale Fragen und
Innere Sicherheit.

UND DIE ENERGIEWENDE IST DOCH MÖGLICH!

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION



Vernetzte Strukturen statt Monopole

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

www.fw-landtag.de

Thorsten Glauber (Pinzberg)
ist energiepolitischer
Sprecher der
Landtagsfraktion



Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Auf der einen Seite sind fossile Energien nicht unbegrenzt verfügbar und werden daher auf absehbare Zeit teurer. Auf der anderen Seite ist die Atomkraft aus verschiedenen Gründen nicht zukunfts- und mehrheitsfähig: Beispielsweise birgt sie in sich ein Sicherheitsrisiko für Mensch und Umwelt und auch die Frage der Endlagerung von Atommüll ist bis heute nicht geklärt.

Regionale Wertschöpfung soll Staatsziel werden

Erneuerbare Energien, die meist dezentral erzeugt werden, spielen bei der Energieversorgung der Zukunft eine zentrale Rolle. Sie bringen ein Wertschöpfungspotential in Milliardenhöhe mit sich, was für den ländlichen Raum und besonders für strukturell benachteiligte Regionen eine bemerkenswerte Entwicklungsperspektive darstellt. Das Geld bleibt in heimischen Wirtschaftskreisläufen und stärkt so Kommunen und die Wirtschaft vor Ort.

Deshalb haben die FREIEN WÄHLER im Landtag einen Gesetzentwurf zur Aufnahme von Klimaschutz und erneuerbare Energien in die Bayerische Verfassung vorgelegt. Nach dem Willen unserer Fraktion soll die regionale Wertschöpfung Staatsziel werden. Eine Sicherung unserer Energieversorgung ist ohne eine Restlaufzeitverlängerung für Atomkraftwerke möglich. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen unsere Anstrengungen auf die Steigerung der Energieeffizienz und vor allem den konsequenten Ausbau der Versorgung mit erneuerbaren Energien konzentriert werden.

FREIE WÄHLER starten Offensive für regionale Energien

Mit der „regionalen Energieoffensive“ will die **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion

die Wertschöpfung der Energieerzeugung wieder in den Kommunen ansiedeln. Wir sprechen uns damit für eine Diversifizierung der Energiewirtschaft aus – zu deutlich sind die negativen Auswirkungen der Marktbeherrschung durch wenige Energiemonopolisten. Mehr als 20 der 71 bayerischen Landkreise haben bereits einen Kreistagsbeschluss gefasst, der es zum Ziel hat, für die jeweiligen Gebiete in Bayern eine Energieautarkie zu erlangen – und es werden immer mehr. Diesen Trend will die Landtagsfraktion mit der Kampagne zur regionalen Energieversorgung fortführen und stärken.

Seit August 2010 haben die FREIEN WÄHLER zahlreiche Veranstaltungen in ganz Bayern durchgeführt. Gemeinsam mit innovativen Bürgern und Unternehmen machen wir so deutlich, wie die Energiewende mit Wasser- und Windkraft, Biomasse, Photovoltaik und Geothermie gelingen kann. Beratung, Ortsbegehungen und Vorträge sind dabei wesentlicher Bestandteil jeder Veranstaltung. Die zuständigen Abgeordneten und Fachreferenten leisten dabei Hilfestellung bei der Formulierung von Anträgen und beraten über Fördermöglichkeiten. ■

Lesen Sie mehr unter:
www.fw-landtag.de

Beratungsangebot der Landtagsfraktion

Bisher hat die **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion an folgenden Orten Informationsveranstaltungen durchgeführt: Kumbhausen, Neumarkt, Dingolfing-Landau, Mitterteich, Cham/Waldmünchen, Amberg-Sulzbach, Rottal-Inn, Straubing/Bogen, Regensburg, Schwandorf, Regen/Viechtach, Deggendorf-Plattling, Freyung-Grafenau, Kehlheim, Bad Kissingen, Grafenrheinfeld, Kronach, Kitzingen, Würzburg/Rieden, Main-Spessart, Hassberge, Fürstenfeldbruck, Rosenheim, Freising, Buttenwiesen, Kempten.

Weitere Veranstaltungen sind bisher geplant in Haimhausen (11.1.2011), Mainburg (31.1.2011) sowie Neuburg-Schrobenhausen (4.2.2011). Jede Region hat die Möglichkeit, die Veranstaltungstermine selbst zu organisieren (<http://tinyurl.com/energieoffensive>). Für weitere Fragen stehen Gottfried Obermair, Referent für Umwelt und Energie, (gottfried.obermair@fw-landtag.de) und Harald Hillebrand, Landesarbeitskreis Umwelt und Energie (harald.hillebrand@derlandschaftsarchitekt.de) zur Verfügung.

Gottfried Obermair, Referent für Umwelt und Energie der Landtagsfraktion.

GESTALTUNGSFÄHIGKEIT DER POLITIK DURCH VERZICHT AUF FLUGHAFENAUSBAU WIEDERHERSTELLEN

Es gibt viele Gründe, die Planung für die dritte Startbahn am Münchner Flughafen einzustellen. Der wichtigste ist die unzumutbare Lärmbelastung, die nach einer Inbetriebnahme mehrere tausend Menschen zu ertragen hätten. Denn der Fluglärm würde in den am meisten belasteten Gebieten auf das Zehnfache dessen steigen, was die Leute schon heute zu ertragen haben. Auch ökologische – Luftverschmutzung und Bodenverbrauch in einem europäischen Vogelschutzgebiet – und soziale Gründe – etwa die schlechte Bezahlung vieler Flughafenmitarbeiter – sprechen gegen einen weiteren Ausbau des Flughafens im Erdinger Moos.



Manfred Pointner (Freising) ist finanzpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und ehemaliger Landrat in der Flughafenregion

FREIE WÄHLER fordern Aus für „dritte Startbahn“

Doch auch die angespannte Haushaltslage, in der sich Bayern nicht zuletzt infolge unverantwortlicher Landesbankgeschäfte befindet, stellt den Bau der dritten Startbahn in Frage. In einem aktuellen Dringlichkeitsantrag legte die **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion den Schwerpunkt auf die finanzielle Dimension des Großprojekts. Angesichts der klammen Lage der öffentlichen Kassen fordern die FREIEN WÄHLER, auf den Bau der dritten Startbahn zu verzichten. Stattdessen soll das an die Flughafen München GmbH (FMG) ausgereichte Darlehen des Freistaats nebst ausstehenden Zinsen und Zinseszinsen in den kommenden Jahren sukzessive zurückgezahlt werden.

Lesen Sie mehr unter:
www.fw-landtag.de

Trotz klammer Staatskasse verzichtet Bayern auf Hunderte Millionen

Bereits seit den 1970er Jahren wurden im Zuge der Errichtung des Flughafens von den Anteilseignern (Bund, Land, Stadt München) Darlehen in einer Höhe von insgesamt rund 1,28 Mrd. ausgereicht. Davon entfielen allein 650,5 Mio. auf den Freistaat. Nach einer Teilrückzahlung im Jahr 2008 steht die FMG noch mit einem Darlehen in Höhe von 250,5 Mio. beim Freistaat in der Kreide. Die Darlehensverträge sehen aber vor, dass Zinszahlungen nur aus Gewinnen geleistet werden müssen. So wurden bis dato an den Freistaat lediglich rund 31,29 Mio. an Zinsen gezahlt. Berücksichtigt man den Zinseszinsseffekt, stehen aber allein dem bayerischen Staatshaushalt noch Zahlungen aus Zinsrückständen in Höhe von

1 Mrd. zu! Obwohl den Freistaat selbst eine ungeheure Schuldenlast drückt und allenthalben Finanzmittel für echte Investitionen in die Zukunft fehlen, verzichtet Bayern auf Hunderte Millionen.

Was im Interesse des Freistaats und der Steuerzahler liegt

Als Mehrheitseigner der FMG muss der Freistaat das Interesse haben, dass sich sein Tochterunternehmen endlich konsolidiert und die zu erwartenden Gewinne nicht durch sinnlose, überdimensionierte Bauvorhaben verschleudert werden. Denn die Abschreibungen, die durch die geplanten Investitionen in den Flughafen ausbau entstünden, würden die Gewinnmarge der FMG auf Jahre hinaus schwächen oder gar zu neuen Verlusten führen. ■

VERANSTALTUNGEN DER LANDTAGSFRAKTION

Podiumsdiskussion „Längere gemeinsame Schulzeit“

„Längere gemeinsame Schulzeit - der Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit oder bildungspolitische Sackgasse?“ unter

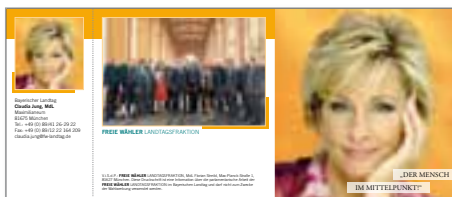
dieses Motto hatte der Arbeitskreis Bildung der **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion unter Leitung von Dr. Hans Jürgen Fahn eine Podiumsdiskussion mit hochkarätigen Wissenschaftlern im Landtag gestellt. Moderatoren waren die Abgeordneten

Prof. Dr. Michael Piazzolo und Günther Felbinger. Lesen Sie mehr zum Thema unter <http://www.fw-landtag.de/archiv/2010/diskussion-laengere-gemeinsame-schulzeit/> und sehen Sie auch den Videobericht mit der bildungspolitischen Sprecherin Eva Gottstein. ■

FALTBLÄTTER UND EIN KINOSPOT NEUE PUBLIKATIONEN DER LANDTAGSFRAKTION

Neue Visitenkarten für die Abgeordneten...

Über eine Visitenkarte in neuartiger Form, die weit mehr als nur Kontaktdaten transportiert, können sich die zwanzig Abgeordneten der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag freuen. Von der Klappkarte im Postkartenformat läßt sich die klassische Visitenkarte, in Farbe und versehen mit einem Portrait sowie dem Logo der Landtagsfraktion, an einer Perforation abtrennen. Der Mehrwert besteht in substantiellen Aussagen zur Politik. Denn auf dem Hauptteil der Klappkarte stehen neben einem Motto, das die Abgeordneten individuell für sich gewählt haben, klare persönliche Aussagen zu den Fragen "Wofür stehe ich in der Politik?" und Antworten unter der Überschrift "Dafür setze ich mich ein!" Politische Bekenntnisse, an denen sich unsere Abgeordneten messen lassen wollen!



Die Faltposter können ab sofort über die Fraktionsgeschäftsstelle bezogen werden.

... und der Fächer der politischen Themen

Den Fächer der politischen Themen der FREIEN WÄHLER repräsentiert im wörtlichen Sinn eine weitere Neuerscheinung der Landtagsfraktion: Für jedes Anliegen, das der Fraktion besonders am Herzen liegt, gibt es eine eigene Info-Klappkarte, und diese Klappkarten sind in einer Ecke so miteinander verbunden, dass man sie blättern oder auffächern kann. Jede Karte nennt auf der Titelseite ihr Thema und einen kurzen Slogan, der die Zielrichtung der Politik vorgibt. Öffnet man die Karte, finden sich die Forderungen der FREIEN WÄHLER und die damit zu erreichenden Ziele in knappen, klaren Aussagen. Auf der Rückseite findet sich der jeweilige Ansprechpartner aus der Landtagsfraktion mit seinen Kontaktdaten. Bisher sind Faltposter zu den Themen Soziales, Gesundheit, Klima- und Umweltschutz, Mittelstand und Handwerk, Jugend, Justiz, Innere Sicherheit sowie Kommunales erschienen. Weitere Themen werden folgen.



Nackt durch Hochschul-Politik?

Nicht, dass man allzu viel sehen würde – aber die jungen Leute im Kinospot der FREIEN WÄHLER zur Hochschul-Politik haben nichts an – nicht das kleinste Fitzelchen. Nackt bis auf die Haut, ausgezogen durch die Politik im Freistaat. Pünktlich zum Beginn des Winter-Semesters an den Hochschulen war der 30-Sekunden-Clip im Vorprogramm vieler Kinos in Bayern zu sehen. Die Aussage knapp und deutlich: „Bildung kostet was – da muss man Prioritäten setzen! Für ein gebührenfreies Erststudium und bessere Studienbedingungen!“ Hohe Studiengebühren in Bayern (bis zu 500 Euro pro Semester) führen dazu, dass viele Studenten am Existenz-Minimum leben oder sich ihr Studienabschluss verzögert, weil sie für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen. Der hochschulpolitische Sprecher der **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion, Prof. Dr. Michael Piazzolo: „Wir wollen den jungen Wählern mit dem Kinofilm unsere Positionen vermitteln und auch gerne die Bayerische Staatsregierung zum Überdenken ihrer Positionen bringen. Nordrhein-Westfalen will die Studiengebühren abschaffen – das wird das Thema sicher auch in Bayern wieder beleben.“ Die Botschaft der FREIEN WÄHLER ist also klar: Die Studiengebühren müssen weg!



Kinospot: <http://www.fw-landtag.de/archiv/2010/kinospot-hochschule/>

Anhörung Flächenverbrauch

Auf Einladung der **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion diskutierten Experten aus den Bereichen Verkehr, Städte- und Raumordnung, sowie Umwelt und Landwirtschaft mit Bürgermeistern über den Flächenverbrauch im Land. Wie die Probleme angegangen werden können, soll nun innerhalb der Fraktion erörtert werden. ■

Volles Haus beim Tag der offenen Tür im Landtag

Im orange dekorierten Saal bei den FREIEN WÄHLERN war zeitweise kein Durchkommen mehr – besonders die Diskussion: "Wirtschaft mit Verantwortung – oder geht's nur ums Geld?" zog das Publikum an. Hubert Aiwanger hatte den Unternehmer Wolfgang Grupp zum Gespräch eingeladen, und der ist als Inhaber der Textilfirma "Trigema" bekannt

für seine ungewöhnlichen, nach vorne gerichteten und ethisch motivierten unternehmerischen Entscheidungen.

Videobericht zum Thema: <http://www.fw-landtag.de/archiv/2010/der-mensch-im-mittelpunkt-tag-der-offenen-tuer/> ■

Ja zu Olympia

Fraktion unterwegs in Garmisch, lesen Sie hierzu: <http://www.fw-landtag.de/archiv/2010/fraktion-unterwegs-garmisch/>

AUFSICHTSPFLICHTEN



Bernhard Pohl (Kaufbeuren)
ist Mitglied im Landesbank-
untersuchungsausschuss

Verwaltungsräte der BayernLB vernachlässigen Überwachungspflichten

Ein fünfjähriges Kind ist ausgerissen, weil es die Mutter unbeaufsichtigt gelassen hat. Die Polizei fragt, warum sie nicht nach dem Kind geschaut oder jemanden beauftragt hat, nach dem Kind zu sehen. Die Mutter antwortet: „Wieso? Ich habe doch gesagt, dass Kind solle brav zu Hause bleiben, rechtzeitig ins Bett gehen und wenn es ein Problem gibt, auf meinem Handy anrufen.“ Diese Geschichte fällt mir regelmäßig ein, wenn ich die Aussagen der BayernLB - Verwaltungsräte über die Wahrnehmung ihrer Aufsichtspflicht höre.

“Erwin, pass auf! Das ist eine ganz heiße Kiste.“

20. März 2007: Der Vorstand der BayernLB tritt an den Verwaltungsrat heran und schlägt vor, die Hypo Alpe Adria Bank in Kärnten zu kaufen. Eine Bank mit einem unglaublichen Ruf: Dreistellige Millionenverluste bei Swap-Geschäften, gegen den Vorstandsvorsitzenden wird wegen Bilanzfälschung ermittelt, Gerüchte über Geldwäsche, zweifelhaftes Kreditengagements auf dem Balkan und vieles mehr. Die richtige Bank für die BayernLB? Nur einer hatte den richtigen Riecher: Hans Spitzner, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und nur vertretungsweise im Verwaltungsrat der Bank. Er warnte seinen Chef Erwin Huber vor dem Kauf mit den Worten: „Erwin, pass auf! Das ist eine ganz heiße Kiste.“

Kauf der HGAA stand nicht auf Tagesordnung

20. April 2007: Der Verwaltungsrat soll den Vorstand zum Kauf der Bank ermächtigen. Die bisherige Prüfung konnte in sehr eingeschränktem Umfang in die Bank Einblick nehmen. Die vorgefundenen Unterlagen waren ungeordnet, wurden ausgetauscht und waren zum großen Teil veraltet. Mehr als 20 gravierende Probleme und Risiken werden aufgelistet, die zumindest Anlass zu besonderer Sorge und Wachsamkeit hätten geben müssen. Interessant: Der Kauf dieser Bank, der größte Unternehmenskauf,

den die BayernLB je getätigt hat, stand nicht mal auf der Tagesordnung – es sollte alles geheim sein.

23. April 2007: Der Beschluss zum Kauf der HGAA wird einstimmig gefasst. Dieser ermächtigt den Vorstand, die Bank zu einem Preis von 1,7 Milliarden Euro zu kaufen. Obwohl es im Beschluss nicht drinsteht, behaupten die Verwaltungsräte, dieser sei an die Bedingung geknüpft, dass alle offenen Punkte aus der Beschlussvorlage zufriedenstellend abgearbeitet und Abzugsposten in Höhe von 100 Mio. Euro beim Kaufpreis berücksichtigt werden.

21. Mai 2007: Der Sparkassenverbandsvorstand, der die formale Eigentümerzustimmung zum Kauf erteilen muss, gibt grünes Licht ohne zuvor über die Risiken aufgeklärt worden zu sein. Auch der Freistaat Bayern erteilt seine Eigentümerzustimmung.

23. Mai 2007: Am Tag nach Vertragsabschluss berichtet der Vorstandsvorsitzende Werner Schmidt dem Verwaltungsrat über den Deal. Die Verwaltungsräte nehmen zur Kenntnis, dass der Vorstand seine Kompetenz aus dem Beschluss vom 23. April 2007 überschritten hat.

Verwaltungsräte haben geschlafen ...

Die Verwaltungsräte haben es weder für nötig befunden, vor dem Abschluss der

Verträge eine weitere Verwaltungsratssitzung einzuberufen, noch sich den Abschlussbericht der sog. Due-Diligence-Prüfung – die sorgfältige Prüfung der mehr als 20 Punkte – auch nur einmal anzusehen. Auch die Verträge waren ihnen völlig unbekannt – bis heute! So kennt der Regensburger Oberbürgermeister Schaidinger bis dato den Kaufpreis nicht! Kurz: Alle Verwaltungsräte haben geschlafen.

... und handelten grob fahrlässig

Klar ist, dass die Vorstände persönlich auf Schadensersatz verklagt werden. Die Chancen diese Prozesse zu gewinnen, stehen recht gut. Nachdem für den Vorstand eine Haftpflichtversicherung besteht, wird die Bank voraussichtlich auch einen Teil des erlittenen Schadens wieder zurückerhalten. Ob auch die Verwaltungsräte persönlich haften müssen, hängt entscheidend davon ab, ob man ihr Verhalten als grobe Fahrlässigkeit einstuft. Dafür spricht, dass beim Kauf dieser Bank besondere Vorsicht geboten gewesen wäre, ein Geschäft dieser außergewöhnlichen Dimension einen adäquaten Prüfungs- und Überwachungsaufwand erfordert hätte sowie drittens aufgrund der zahlreichen Risiken eine weitere Verwaltungsratssitzung notwendig gewesen wäre. Schließlich darf die Überwachungspflicht nicht auf diejenigen delegiert werden, der eigentlich überwacht werden soll. Demnach müssen Vorstand und Verwaltungsrat auf Schadensersatz verklagt werden. ■



IM GESPRÄCH MIT THORSTEN GLAUBER



Thorsten Glauber (Pinzberg)
ist energie- und jugendpolitischer Sprecher
der Landtagsfraktion

Ein Herz für Kinder und Jugendliche.

Was möchten Sie mit Ihrer Arbeit im Bayerischen Landtag erreichen?

Thorsten Glauber: Als Sprecher für Jugendpolitik liegen mir besonders die Belange unserer Kinder und Jugendlichen am Herzen. Es muss ein anspruchsvolles Bildungs- und Betreuungsangebot für alle Bildungs- und Altersstufen geben, unabhängig von der finanziellen Lage der Eltern. Meine Forderung: Individuelle Förderung durch kleinere Klassen, mehr Lehrer und ein flächendeckendes Ganztagesangebot für alle Schultypen. Als Vorsitzender des Arbeitskreises 2 und Mitglied des Wirtschaftsausschusses arbeite ich für eine Stärkung des ländlichen Raums u. a. durch eine flächendeckende Breitbandversorgung und die Überarbeitung des LEP.

Jugend und Politik – zwei Welten prallen aufeinander. Wie kann man hier gegenseitiges Interesse und Verständnis wecken?

Thorsten Glauber: Für mich ist Partizipation das Hauptwort, wenn es um Jugendarbeit geht. Die Einbindung von jungen Menschen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse ist nach meiner Erfahrung der Schlüssel zu einer späteren aktiven Beteiligung in Politik und Gesellschaft. Schon in Jugendgemeinderäten können und sollen sich Jugendliche einmischen – dadurch gewinnen beide Seiten: Die jungen Menschen bekommen direkten Einfluss auf das Geschehen in ihrem

unmittelbaren Umfeld und die Politik gewinnt Glaubwürdigkeit zurück. „Geht nicht, gibt's nicht - deine Meinung zählt“ - diese Erfahrung stammt aus unserem Jugendparlament in Pinzberg – einem der ältesten in Bayern.

Sie sind energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER und damit Mitinitiator der Veranstaltungsreihe „Regionale Energieoffensive“. Welche Forderungen stellen Sie an Landes- und Bundesregierung?

Thorsten Glauber: Wir brauchen den geregelten Atomausstieg, um den Wirtschaftsfaktor erneuerbare Energien weiter zu stärken. Dabei dürfen die Kosten für den Rückbau der Anlagen und die Endlagerung nicht sozialisiert werden. Ich sehe die Zukunft in Energiefragen in einem Mix aus Sonne, Wasserkraft sowie Biomasse, Biogas, Windkraft und Geothermie. Dezentralisierung und Regionalisierung der Energiewirtschaft und damit starke Stadtwerke - das macht uns unabhängig von den Lieferanten fossiler Energieträger, hält die Wertschöpfung in der Region und bringt unseren Kommunen Planungssicherheit.

Noch eine private Frage: Was macht Sie glücklich?

Thorsten Glauber: Sport, ansteckendes Lachen, spannende Architektur, gutes Essen (nicht von mir gekocht), unbeschwerter Zeit verbringen auf dem 200 Jahre alten Bergbauernhof von Freunden im Zillertal und **natürlich meine Familie!**

Zur Person

Thorsten Glauber wurde 1970 geboren und ist in Pinzberg im Landkreis Forchheim aufgewachsen. Seine erste Lehre war die zum Kommunikations-elektroniker; nach dem darauf anschließenden Besuch einer Berufsoberschule absolvierte er die Ausbildung zum Bauzeichner, das Architekturstudium an der Hochschule in Coburg und das Master-Abendstudium (MBE) Facility Management an der Hochschule Nürnberg folgten. Ab 2003 arbeitete er als selbstständiger Architekt, im Jahr 2004 gründete er mit seinem Partner Volker Rosbigalle das Büro Glauber + Rosbigalle - planen und beraten im Bauwesen - Ingenieurgesellschaft mbH.

Seit 1993 ist Thorsten Glauber Mitglied bei den FREIEN WÄHLERN. In seiner Heimatgemeinde Pinzberg ist er stellvertretender Bürgermeister und Rat in der Verwaltungsgemeinschaft Gosberg. Hier ist er auch der Jugendbeauftragte und engagiert sich ehrenamtlich in verschiedenen Vereinen und Verbänden. Seit 2008 gehört Thorsten Glauber dem Bayerischen Landtag an. Dort ist er Sprecher seiner Fraktion für Bau-, Energie- und Jugendpolitik; er gehört dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie an und ist Vorsitzender des gleichnamigen Arbeitskreises. Zudem ist er Mitglied im Landesdenkmalrat, der Baukommission und des Technikbeirats. ■

Das Gespräch führte Lis Bischof.



WAS-WANN-WO IMPRESSUM

- 11. - 13. Januar 2011** Winterklausur der Landtagsfraktion in Freising
- 14. Januar 2011** Neujahrsempfang im Landtag
- 23. Februar 2011** „Fraktion unterwegs“ in Schwandorf
- März 2011** Parlamentarischer Abend „Energieoffensive“ im Landtag
- 09. März 2011** Politischer Aschermittwoch in Deggendorf mit Infostand der Landtagsfraktion
- 08. April 2011** Veranstaltung zum Thema Handwerk im Landtag
- 14. - 16. April 2011** Frühjahrsklausur der Landtagsfraktion in Regensburg
- Mai 2011** Parlamentarischer Abend „frühkindliche Bildung“ im Landtag
- Mai 2011** „Fraktion unterwegs“ in Augsburg

V.i.S.d.P.:
Prof. Dr. Michael Piazzolo, MdL

Redaktion:
Dirk Oberjasper, Pressesprecher und Leiter der Pressestelle
Dr. Werner Brecht, Pressereferent
Bilder: Dr. Werner Brecht, Andreas Lenk, istockphoto, fotolia,
Bildarchiv Bayr. Landtag, Rolf Poss, Michael Eder
Beratung: Peter Gottstein und Josef Graubmann

Für Sie im Landtag FREIE WÄHLER

Die offizielle Zeitung der
FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION.



WOLLEN SIE WEITERHIN KOSTENLOS ÜBER DIE ARBEIT DER **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION INFORMIERT WERDEN?

Einfach Formular ausfüllen und unterschreiben! Per Post an: **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag, Pressestelle, Max-Planck-Str. 1, 81627 München oder per Fax: +49 (0) 89 / 41 26 - 19 70 bzw. online: www.fw-landtag.de/fraktionszeitung

(BITTE IN DRUCKBUCHSTABEN AUSFÜLLEN)

Vorname: _____

Name: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ: _____

Wohnort: _____

E-Mail: _____

Ich möchte die Fraktionszeitung und weitere Informationen per Post E-Mail erhalten.

Ort, Datum, Unterschrift: _____